

Birgit Beese, Klaus Dörre, Bernd Röttger

## **Der Blick vom Turm: Lässt sich radikaler Strukturwandel steuern?**



Auszug aus:

### **Im Schatten der Globalisierung. Strukturpolitik, Netzwerke und Gewerkschaften in altindustriellen Regionen.**

Abschlussbericht des Forschungsprojekts

„Globalisierung, Industriepolitik und mikrosoziale Regulation.  
Die Akteure der industriellen Beziehungen als Kooperationspartner  
in regionalen Entwicklungskoalitionen“

Forschungsprojekt des FIAB

Forschungsinstitut **Arbeit Bildung Partizipation e.V.**  Institut an der Ruhr-Universität Bochum

gefördert durch die  
Hans-Böckler-Stiftung  
und das Land Nordrhein-Westfalen

Steigt man auf den Dortmunder Fernsehturm und lässt den Blick über die unmittelbare Umgebung des Westfalenparks hinaus schweifen, bietet sich ein eindrucksvolles Bild. Unweigerlich fällt der Blick auf riesige industrielle Brachflächen. Jede von ihnen ist größer als die gesamte Dortmunder Innenstadt. Denkmälern gleich erheben sich auf manchen Brachen noch die gigantischen Überreste der einstigen Stahlindustrie. Doch das eindrucksvolle Bild wandelt sich täglich. Auf einem Gelände im Norden der Stadt demontieren chinesische Arbeiter die einstmals modernste Kokerei Europas, um die Einzelteile in der asiatischen Heimat wieder zusammen zu setzen. Auf anderen Brachen entsorgen spezialisierte Unternehmen Altlasten. Bald wird das Wasser eines Sees von der Größe der Hamburger Binnenalster einen der ehemaligen Industriestandorte überfluten. Um wenigstens die Erinnerung wach zu halten, engagieren sich Bürger für den Erhalt ihres Wahrzeichens, der Hörder Fackel. An anderen Stellen sind die Spuren der industriellen Vergangenheit bereits getilgt. Im Westen der Stadt, unmittelbar in der Nachbarschaft der Universität, ist Mitte der 80er Jahre ein Technologiezentrum, ein beeindruckender Technologiepark entstanden. Hier weht bereits der Geist der neuen Zeit. Nicht Hochöfen und Walzenstraße, sondern Glas und Steine der Funktionsgebäude ansässiger IT- und Mikrosystemtechnik-Unternehmen prägen das Bild. Binnen weniger Jahre wurde dieses Zentrum des "neuen Dortmund" aus dem Erdboden gestampft. Längst haben viele Firmen das Technologiezentrum verlassen, haben sich im Technologiepark angesiedelt und neugegründete Firmen sind dazu gekommen. Und die Entwicklung geht weiter. Noch ist das Gebäude der künftigen MST-Factory nur ein wachsender Rohbau inmitten eines Brachgeländes. Gleichwohl sind die ersten Räumlichkeiten bereits vermietet; der Keim eines weiteren Entwicklungszentrums ist geschaffen. Und die Chancen auf Expansion stehen gut.

Wer diese Eindrücke in den wenigen Stunden einer Führung sammelt, erlebt Industriegeschichte im Zeitraffer. Denen, die die Entwicklung selbst mitgemacht haben, setzt der Strukturwandel ein Zeitmaß, das sie kaum zu bewältigen vermögen. Wer das Alltagsgespräch sucht, bekommt einen Eindruck. Nehmen wir als Beispiel einen Ordner im Stadion der Dortmunder Borussia: Wie sein Vater und der Vater seines Vaters ist Erich Becker gelernter Bergmann. Die Ausbildung hat er gemacht, als das Ende des Bergbaus in Dortmund schon absehbar war. Nach der Bergbauausbildung kamen Arbeitslosigkeit und Umschulung. Erich Becker lernte und arbeitete in der Stahlindustrie. Auf das Ende der Stahlproduktion folgte wieder die Arbeitslosigkeit. Und nun? Tätigkeit in einer der neuen Leitbranchen, Logistik, Stapelfahrer für 800 Euro monatlich.

Und wieder die Sorge, dass der Arbeitsplatz nicht sicher ist. Erich Becker gibt den Ordner bei der Borussia, weil er so den Eintritt für die Bundesligaspiele spart. Und den Fußball braucht er. Wie sonst sollte er verkraften, dass er in seinem langen Berufsleben im Grunde wieder dort steht, wo er einst begonnen hat? „Real sind wir schon in einer neuen Zeit, mental hängen wir noch an Kohle und Stahl. Um das alles zu verarbeiten, brauchen wir mindestens eine Generation“, sagt der Dortmunder DGB-Vorsitzende. Ökonomische und soziale Zeit fallen in der Ruhrmetropole auseinander. Doch die Botschaft aus Wirtschaft und Politik lautet unisono: Noch mehr Veränderung – rascher, radikaler, umfassender! Wer das Tempo verlangsamt, fällt zurück, der hat im Wettbewerb der Regionen keine Chance! Soziales Dortmund? Schnelles Dortmund!

Geradezu symbolisch steht der Fall Dortmund für die Verklammerung von ökonomischer Entwicklung und Raum. Kapitalismus, das ist immer auch eine Abfolge von Produktion, Zerstörung und erneuter Produktion sozialräumlicher Strukturen.<sup>1</sup> Was dieser Satz bedeutet, wird für den Beobachter auf dem Dortmunder Fernsehturm sinnlich erfahrbar. Fast schon körperlich fühlt der Betrachter die gewaltigen Kräfte, die sich einer Region, ihrer Geographie wie ihrer Bevölkerung bemächtigen. Unsichtbare Mächte lassen Regionen erblühen und sterben. Jede Prosperität einer wirtschaftlichen Struktur trägt den Keim ihres Niedergangs bereits in sich. Auf- und Abstiege scheinen vorprogrammiert. Kann man, darf man überhaupt darauf hoffen, solche Kräfte zu bändigen? Oder, um es mit einem Schlüsselbegriff unserer Untersuchung zu formulieren, ist radikaler Strukturwandel steuerbar?

### **9.1 Globalisierung und Regionalisierung: Was ist Steuerung, wie wird sie möglich?**

Diese Frage führt uns zum Zentrum eines gesellschaftlichen Entwicklungsproblems. In altindustriellen Regionen wird offensichtlich, dass sich ökonomisch-sozialer Wandel als in vielen Einzelschritten sorgfältig geplanter, insgesamt aber chaotischer Prozess vollzieht. Je weiter der ökonomische Strukturwandel vorangetrieben wird, desto wahrscheinlicher ist, dass er auch die regulierenden Institutionen erfasst. Gesellschaftliche Institutionen und Organisationen führen in der Regel ein zähes Eigenleben; sie ändern

---

<sup>1</sup> Dazu klassisch: Luxemburg 1913/1975: 428ff.; vgl. auch: Lefebvre 1976; Harvey 2001; 2003: 181 ff.

sich nur allmählich und schwerfällig (Armingeon 1994; Müller-Jentsch 1995). In dem Maße, wie sie hinter den sozioökonomischen Veränderungen zurückbleiben, büßen sie ihre Steuerungsfähigkeit ein. Steuerung meint in diesem Zusammenhang koordiniertes Handeln regionaler Akteure, das mit dem Ziel erfolgt, über Ressourcenbündelungen, Leitbild- und Interessendefinitionen mehr oder minder bewusst auf einen spontanen, unkoordinierten sozioökonomischen Entwicklungsprozess einzuwirken. So verstanden, ist der Verlust von Steuerungsfähigkeit kein automatischer, unumkehrbarer Prozess. Doch was meint Steuerungsfähigkeit regionaler Akteure in den Zeiten von intensivierter Globalisierung und beschleunigtem Strukturwandel genau?

Auf den ersten Blick scheinen sich jene Deutungen zu bestätigen, die Globalisierung als Enträumlichung, als Entwertung regionaler Governance und damit als irreversiblen Verlust politischer Steuerungsfähigkeit definieren (z.B. Thurow 1996; Ohmae 1994). Betrachtet man die Internationalisierungsstrategien großer Unternehmen, so fällt das Ergebnis unserer Untersuchung tatsächlich beunruhigend aus. Gleich, wie intensiv Wirtschaftsförderung und regionale Clusterpolitiken betrieben werden, das Investitionsverhalten transnationaler Konzerne vermögen sie nicht oder allenfalls graduell zu beeinflussen. Standortentscheidungen fallen unabhängig von regionalpolitischen Aktivitäten. Die Internationalisierungsstrategien der Unternehmen variieren, doch in keinem Fall reicht die Verhandlungsmacht regionaler Netzwerke aus, um ihre Investitionsstätigkeiten grundlegend zu beeinflussen. Derartiges gelingt allenfalls mit Unterstützung der Landespolitik. Selbst dort, wo strategiefähige Unternehmen Teil der Netzwerkstrukturen sind, bedeutet das keineswegs, dass die regionale Bodenhaftung des Managements wächst. Für den Umkehrschluss, der die Herausbildung von „bindungslosen“ global players behauptet, fehlen allerdings ebenfalls die Anhaltspunkte. Auch das internationalste Unternehmen wählt Standorte, beschäftigt Menschen und geht damit Bindungen ein, die durch spezifische Institutionen überwacht und geregelt werden (Pries 2002; Dörre u.a. 1997; Mair 1997). Doch damit ist nicht gesagt, dass diese Bindungen in einer *bestimmten* Region, in einem *bestimmten* Sozialraum entstehen. Die Konkurrenz der Regionen um die Gunst international operierender Unternehmen hat sich, zumal unter den Bedingungen langsamen Wachstums und hoher Arbeitslosigkeit, erheblich verschärft (Rammonet 2003).

Insofern gehen Globalisierung und Regionalisierung keine harmonische Synthese ein. Das auch, weil die Raumdefinitionen von Unternehmen und regionalen Netzwerken

erheblich differieren. International tätige Unternehmen operieren mit Raumkonzepten, die Deutschland oder die Europäische Union als eine Region betrachten. Faktisch werden so *Makroregionen* zur Bezugsgröße strategischer Unternehmensplanung. Die industriepolitischen Netze operieren hingegen mit Raumdefinitionen, in deren Konsequenz sich selbst die Mikrokosmen der Städte immer stärker ausdifferenzieren. Faktisch entwickeln sich die Raumvorstellungen von multinationalen Unternehmen und regionalen Netzen auseinander. Standort- und Investitionsentscheidungen international operierender Konzerne folgen räumlichen Kalkülen, in denen *Mikroregionen* nur eine untergeordnete Rolle spielen, weil selbst Konkurrenzvorteile wie z.B. große Potentiale an qualifizierten Arbeitskräften keine dauerhaften Bindungen erzeugen.

Dies zu konstatieren bedeutet aber nicht, dass wir von einem generellen Steuerungsverlust regionaler Akteure ausgehen müssen. Regionen sind *Mikrogesellschaften*, keine Unternehmen. Ihre Bewohner, ihre geographischen, sozialen und kulturellen Besonderheiten lassen sich nicht beliebig transformieren. Große Konzerne kommen und gehen, die Regionen und ihre Einwohner bleiben. An diesem „Mobilitätsdifferential“ zwischen Kapitalströmen und internationalen Unternehmen auf der einen, den Regionen mit ihren Bevölkerungen und der großen Zahl lokaler Betriebe auf der anderen Seite, setzen die regionalen Netze an. Ihre Steuerungsleistungen sind erheblich. Sie akquirieren und bündeln Fördermittel, sie initiieren unternehmensübergreifende Kooperationen und Innovationsprojekte, sie federn Arbeitsmarktrisiken ab, sie fördern Qualifizierung und Weiterbildung und sie leisten Erstaunliches bei der Sanierung und Modernisierung ansässiger Betriebe. Summiert man diese Leistungen, so kann man tatsächlich von der Herausbildung einer neuen, dezentralen Steuerungsebene sprechen, einer Steuerungsebene, die allerdings nicht mit den Grenzen staatlich-administrativer Einheiten zusammenfällt.

Steuerungssubjekte sind Netzwerke, die von Akteuren aus unterschiedlichen Feldern der Gesellschaft gebildet werden. Die Steuerungsleistungen regionaler Netzwerke dürfen freilich nicht alternativ zur Koordination durch Märkte und staatliche Institutionen gedacht werden. Die Netzwerke bewegen sich in den Lücken, die entstehen, weil überkommene Regulationen nicht mehr greifen und ehemals stabile Hierarchien von Steuerungsebenen in Bewegung geraten sind. In ihren – teils offiziellen, teils informellen – Funktionen organisieren sie den Austausch zwischen gesellschaftlichen Feldern und Teilsystemen. Mit anderen Worten, die Netzwerke leisten im wahrsten Sinne des Wor-

tes Verknüpfungsarbeit; sie sind im Vokabular der Systemtheorie „Entdifferenzierer“, die unterschiedliche Handlungslogiken kombinieren.

Über diese Art der Intervention gelingt es den regionalen Netzwerken tatsächlich, Wirtschaftsaktivitäten zu beeinflussen und regionale Bindekraft zu entfalten. Von nachhaltig wirkenden Steuerungsleistungen kann man sprechen, wenn es zu einem optimalen Zusammenspiel zwischen Hochschulen, Forschungseinrichtungen, Maßnahmen zur Förderung von Unternehmensneugründungen, Technologie-, Ansiedlungs- und Qualifizierungspolitik kommt. In dieser Hinsicht liefert Dortmund ein Musterbeispiel, das sich nicht nur durch eine klare Bündelung der Kräfte im dortmund-project, sondern auch durch eine gute Abstimmung der unterschiedlichen Teilpolitiken auszeichnet. Eine konkurrenzfähige wissenschaftliche Infrastruktur, die auch eine regionale Ausrichtung besitzt, ist – in Verbindung mit gezielten Fördermaßnahmen, Gründerwettbewerben und der Heranbildung eines adäquaten Pools an qualifizierten Arbeitskräften – eine Grundvoraussetzung für regionales Wachstum in wissensintensiven Branchen. Nicht in der Zielsetzung, wohl aber in der Ausführung und im Zusammenspiel der lokalen Akteure unterscheiden sich die Untersuchungsregionen. Wo – wie in Nürnberg – wissenschaftliche Infrastruktur und regionalwirtschaftliche Schwerpunktsetzungen teilweise inkongruent sind oder wo es – wie in Chemnitz – ein Zusammenspiel nicht gibt, weil die Ausrichtung der regionalen Wirtschaftspolitik unklar ist, bleiben die Steuerungseffekte regionaler Netzwerke begrenzt.

Doch selbst wenn – wie in Dortmund – die Kooperation der Akteure nahezu optimal ist, gilt, dass die regionalen Netze immer nur Teilproblematiken bearbeiten können. Das Wechselspiel von wissenschaftlicher Wissensproduktion, Förderpolitik, Unternehmensgründungen und Beschäftigungsentwicklung funktioniert in den neuen Leitbranchen. Eine Ausstrahlung auf die tradierten Bereiche, die auch in Dortmund noch immer 80 Prozent der Beschäftigungsverhältnisse umfassen, lässt sich jedoch kaum feststellen. Die neuen Leitbranchen entwickeln sich innerhalb transnationaler Wettbewerbsverhältnisse; sie agieren mit lokalen Unterstützungsleistungen, ihre regionalausgleichenden Wirkungen jedoch sind begrenzt. Was für Dortmund gilt, trifft auch für Nürnberg und Chemnitz zu. Dass die Dynamik der neuen Bereiche nicht oder kaum auf die ihrerseits im Umbruch befindlichen Strukturen durchschlägt, lässt sich in allen Regionen feststellen.

Trotz des ambitionierten dortmund-projects verzeichnet die Ruhrmetropole wegen der krisenhaften Einbrüche, die auch die wissensintensiven Leitbranchen erfasst haben, wieder Spitzenwerte bei der Arbeitslosigkeit. In der mittelfränkischen Region ändert ein dynamisches wirtschaftliches Umfeld nichts an der anhaltenden Strukturkrise der lokalen Metall- und Elektroindustrie und der überdurchschnittlichen Arbeitslosigkeit in Nürnberg-Stadt. Und in Chemnitz sind selbst jene industriellen Kerne wieder gefährdet, die noch zu Beginn des Jahrzehnts erste Beschäftigungseffekte generierten. In allen Regionen bleiben ökonomische Entwicklungsmuster insofern „altindustriell“, als konjunkturelle Krisen besonders heftig ausfallen, während Prosperitätsphasen kaum für Aufholprozesse genutzt werden können (Bömer 2003: 289 ff.). Regionale Strukturpolitik also doch Sisyphusarbeit? Fast könnte es so scheinen. Die regionalen Akteure können – wohl zu Recht – einwenden, dass ohne ihre Aktivitäten alles noch schlimmer wäre. Doch eine solche Einschätzung illustriert nur, dass Mikroregionen nicht ausgleichen können, was makroökonomisch versäumt wird. Mikrosoziale Steuerung lebt von genauen Kenntnissen der regionalen Gegebenheiten. In den kleinräumlichen Strukturen, die ihr Wirkungsfeld sind, bleibt ihr Instrumentarium notwendig unvollständig und ihre Reichweite begrenzt. Dass den Regionen durch die dominante Wirtschaftspolitik de facto Steuerungsfunktionen zugewiesen werden, die sie nur begrenzt zu erfüllen vermögen, grenzt an systematische Überforderung.

Jenseits dieses strukturellen Mangels kommt eine andere Beobachtung zum Tragen. Regionale Übergänge in eine wissensgestützte Dienstleistungsökonomie setzen eine Produktion öffentlicher Güter – wissenschaftliche und logistische Infrastruktur, berufliche Aus- und Weiterbildung, längerfristig orientierte Innovationspolitiken und einigermaßen stabile Austauschbeziehungen zwischen den industriellen Akteuren – voraus. In diesem Punkt deutet sich in den regionalen Arenen tatsächlich eine problematische Entwicklung an. Ansätze, die sich auf reine Marketingstrategien zurückziehen, die es versäumen, abrechenbare industriepolitische Projekte zu definieren und die ohne beschäftigungspolitische Zielsetzungen operieren, werden keine nachhaltigen Effekte auslösen können. Vor allem „High-road-Strategien“, also regionale Politiken, die Wachstumseffekte in wissensintensiven Branchen mit anspruchsvollen Produkten und qualifizierter Beschäftigung erzielen wollen, benötigen öffentliche Güter in noch weit aus stärkerem Maße als regionale Netze diese aus eigener Kraft bereitstellen können.

Hinzu kommt etwas anderes. Faktisch haben die Consultants und Wirtschaftsförderer in allen untersuchten Regionen den Traum des „kalifornischen Kapitalismus“ geträumt. Charakteristisch sind Weltmarkt- und Hochtechnologieorientierung, die in den Regionen mit unterschiedlichem Erfolg praktiziert werden. Doch unabhängig von der konkreten Ausprägung dieser Ansätze stellt sich die Frage, ob auf diesen Feldern überhaupt Beschäftigungswachstum in einem Ausmaß möglich ist, das eine Abkehr vom bekannten Dilemma altindustrieller Regionen bedeuten würde. Vergegenwärtigt man sich, dass selbst in großen High-Tech-Metropolen nur eine verhältnismäßig begrenzte Zahl von Beschäftigten unmittelbar im IT-Sektor arbeitet<sup>2</sup>, so wird rasch klar, dass die High-Tech-Branchen allein nicht das nötige Beschäftigungswachstum erzielen können. Das größte regionale Beschäftigungswachstum verzeichnen mit personenbezogenen und sozialen Dienstleistungen, etwa die Gesundheitswirtschaft, Bereiche, die in den regionalwirtschaftlichen Schwerpunktsetzungen lange Zeit überhaupt nicht vorkamen. Auch die regionalen Netze sind in diesen Sektoren allenfalls schwach repräsentiert. Wenn überhaupt, so lässt sich hier ein strukturkonservatives Moment der Netzwerkstrukturen ausmachen. Dienstleistungsorganisationen wie die Gewerkschaft Ver.di spielen in den regionalen Kooperationsverbänden keine oder allenfalls eine untergeordnete Rolle.

Hier kommt in der Tat eine Schwachstelle regionalwirtschaftlicher Ansätze zum Vorschein, die zum Gegenstand einer strategischen Debatte werden sollte. Weltmarktorientierung allein bringt möglicherweise die Spezifik und die endogenen Potentiale regionaler Räume zum Verschwinden. Sie läuft auf eine Förderung von High-Tech-Sektoren hinaus, die ihrerseits rationalisierende Effekte produzieren können.<sup>3</sup> Beschäftigungs-

---

<sup>2</sup> In San Francisco waren es 2002 etwa 1,25 Mio. Beschäftigte, in Peking 400.000 und in München unter 200.000.

<sup>3</sup> Die Beschäftigungswirkung von Informations- und Kommunikationstechnologie ist in der Literatur umstritten. Castells (2001) zeigt, dass es wesentlich von der gesellschaftlichen Einbettung der Technologieproduktion abhängt, wie sie sich auf die Beschäftigung auswirkt. Populäre Thesen vom Verschwinden der Arbeit hält er schlicht für irreführend: „Die neue Informationstechnologie definiert also Arbeitsprozesse, Arbeitskräfte und daher auch Beschäftigungs- und Berufsstruktur neu. Während eine beträchtliche Zahl von Arbeitsplätzen in ihren Qualifikationsanforderungen aufgewertet und in den dynamischen Sektoren manchmal auch Gehälter und Arbeitsbedingungen verbessert werden, geht durch die Automatisierung eine große Anzahl von Arbeitsplätzen in Fertigung und Dienstleistungen verloren. Das sind im Allgemeinen solche, die nicht qualifiziert genug sind, um der Automatisierung zu entgehen, aber kostspielig genug, damit sich die Investition in die Technologie lohnt, die sie ersetzt... Die entstehende Bifurkation der Arbeitsmuster und die Polarisierung der Arbeitskraft sind nicht das notwendige Resultat des technologischen Fortschritts oder

wachstum entsteht jedoch häufig in Bereichen, die spezialisierte, lokale Dienstleistungen erbringen. Hier ließe sich anknüpfen. Seriöse Empfehlungen zum Ausbau sozialer Dienstleistungen kollidieren freilich in vielerlei Hinsicht mit den derzeit dominanten politischen Weichenstellungen. Eine solche Politik würde hierzulande u.a. eine höhere Frauenerwerbstätigkeit, Einkommenserhöhungen, den Übergang zur Qualitätsproduktion im sekundären Sektor wie auch im Dienstleistungsangebot selbst sowie nicht zuletzt den Ausbau von Finanzierungsmechanismen zur Überwindung „der Kostenkrankheit bei wichtigen Diensten“ voraussetzen (Bosch/Wagner 2002: 507). Einen solchen Weg können die Regionen nicht allein aus eigener Kraft gehen; die Tatsache, dass die Dienstleistungsbereiche in den regionalen Netzen bislang von untergeordneter Bedeutung sind, sollte jedoch zu Denken geben.

Damit sind wir bei einem weiteren zentralen Punkt. Das vornehmlich technisch-marktorientierte Innovationsverständnis, das sich bei zentralen Akteuren der regionalen Strukturpolitik wieder durchzusetzen beginnt, ignoriert die gesellschaftliche Komplexität von Innovationsprozessen. Innovative Dienstleistungspolitik z.B. hängt eng mit kulturellem Wandel zusammen, denn ohne eine Demokratisierung von Geschlechterbeziehungen lässt sich eine signifikante Erhöhung der Frauenerwerbsquote nicht erreichen. Ohne höhere Frauenerwerbsbeteiligung gibt es jedoch keinen Druck zur Ausweitung sozialer Dienste und somit auch keine Beschäftigungseffekte (Baethge 1999). Ein Innovationsverständnis, das solche gesellschaftlichen Zusammenhänge außer acht lässt, das Eliteförderung mit wachsendem Druck auf die Schwächsten der Gesellschaft kombiniert, wird eher neue Entwicklungsbarrieren erzeugen als vorhandene abbauen. ‚Schnelles Dortmund‘, ‚soziales Dortmund‘ – das ist eine begriffliche Differenz, in der sich auch ein unterschiedliches Verständnis von gesellschaftlichen Innovationsprozessen artikuliert.

---

unausweichliche Tendenz wie etwa die Entstehung der postindustriellen Gesellschaft oder der ‚Dienstleistungsökonomie‘. Diese Prozesse sind gesellschaftlich determiniert und auf Managementebene geplant im Prozess der kapitalistischen Neustrukturierung...“ (ebd., S. 282) Diese Ansicht entspricht unseren Forschungsergebnissen.

## 9.2 Die Rolle der Gewerkschaften

Womit wir beim gewerkschaftlichen Beitrag zur regionalen Strukturpolitik wären. In allen von uns untersuchten Regionen partizipieren die Gewerkschaften, besser: einzelne Gewerkschafter und die von ihnen repräsentierten lokalen Gliederungen aktiv an der Strukturpolitik. Mehr noch, in allen Fällen gingen wichtige strukturpolitische Impulse von den Gewerkschaften aus. Sie waren es, die regionale Entwicklung nicht dem freien Spiel der Marktkräfte überlassen wollten. Dass Veränderungsprozesse durch klebrige Seilschaften, Lock-in-Effekte und Strukturkonservatismus blockiert werden können, ist auch in unseren Untersuchungsregionen eine bekannte Erscheinung. Und es ist nicht zu leugnen, dass sich auch Gewerkschaftsgliederungen gelegentlich als Sachwalter strukturkonservativer Interessen betätigt haben. Die Ergebnisse unserer Untersuchung weisen jedoch in eine andere Richtung. Faktisch agieren die regionalen Netze mit der klaren Zielstellung, den ökonomischen Strukturwandel zu forcieren. An dieser Ausrichtung haben die beteiligten Gewerkschaften einen wesentlichen Anteil. Wo die Konzepte von Wirtschaftsförderung und privaten Consultants allzu luftig sind, wirkt die gewerkschaftliche Partizipation an der regionalen Strukturpolitik häufig als Korrektiv und sorgt für eine größere Bodenhaftung ambitionierter Pläne.

Dass die gewerkschaftlichen Akteure beschäftigungspolitische Ziele priorisieren, dass sie auf Bildungs- und Arbeitsplatzangebote für Niedrigqualifizierte drängen und daher inkrementellen Wandel betonen, lässt sich, zumal in Gesellschaften mit „koordinierten Märkten“ (Hall/Soskice 2001), nicht als Ausdruck von Strukturkonservatismus deuten. Im Gegenteil, häufig sind es die gewerkschaftlichen Aktivitäten bei der Abfederung von Entlassungen, bei beruflicher Weiterbildung und betrieblicher Modernisierung, die maßgeblich zum Gelingen von Steuerungseffekten der regionalen Netze beitragen. Denn von der Entstehung her handelte es sich bei den regionalen Kooperationsverbänden zunächst um bloße Notgemeinschaften. Mühsam versuchen sie bis heute, die Steuerungsdefizite übergeordneter Ebenen zu kompensieren. Dabei fällt auf, dass ihre politische Wirkung dort am größten ist, wo es regionalen Akteuren gelingt, zu wichtigen Themen mit einer Stimme zu sprechen. Dieser Befund relativiert die inzwischen geradezu modische Kritik an der Politik der „Konsensrunden“ und der „runden Tische“ (Heinze 2003). Tatsächlich können Runden, die Partizipation um der Partizipation willen betreiben, zu „Intervention durch Nicht-Entscheidung“ beitragen. Wo sie jedoch

einen Veränderungskonsens der regionalen Akteure herbeiführen, wirken sie erfolgreich.

Exakt hier ist der gewerkschaftliche Beitrag zu regionaler Strukturpolitik überaus bedeutsam. Im besten Fall hilft er, das „Dispositiv regionaler Regulation“ so weit zu öffnen, dass nicht nur die Interessen verschiedener Beschäftigtengruppen, sondern auch die potentiellen und realen Verlierer des radikalen Strukturwandels weiter im Blick bleiben.<sup>4</sup> Dies ist, wenn man so will, der entscheidende gewerkschaftliche Beitrag für die Formulierung des regionalen „Regulationsdispositivs“. Gegen technokratische Verkürzungen von Wirtschafts- und Innovationsförderung bringen sie die gesellschaftlichen Folgen des Strukturwandels ins Spiel. Und das nicht nur im Sinne eines Sozialanwalts, sondern durchaus mit einem Innovationsverständnis, das der Komplexität von Innovationsprozessen Rechnung trägt. Der gewerkschaftliche Einfluss bemisst sich vor allem an dem Stellenwert, den beschäftigungspolitische Zielsetzungen auch in der offiziellen Regional- und Strukturpolitik besitzen. Hier ist Dortmund offenbar ein besonderer Fall. Als einige Akteure vor dem Hintergrund der akuten Stahlkrise die Vision eines hochmodernen Technologieparkparks mit neuen, wissensintensiven Leitbranchen formulierten, wurde dieser Plan von Wirtschaftskapitänen wie von manchem Gewerkschafter gleichermaßen in Frage gestellt. Man hielt diese Zielsetzung in einer alten Industrieregion schlicht für nicht machbar. Die Erfahrung, dass man heute durch einen der größten Technologieparks Europas mit ca. 8.500 Beschäftigten in neuen Branchen fahren kann, hat das Bewusstsein der regionalen Akteure geprägt. Ohne diese Positiv-erfahrung wäre das dortmund-project kaum möglich gewesen. Aus dieser Erfahrung haben auch die lokalen Gewerkschaften gelernt. Gewerkschaftsgliederungen, die sich in Nürnberg und Chemnitz an regionaler Strukturpolitik beteiligen, haben ähnliche Lernprozesse durchlebt und durchlitten. Sei es in der Suche nach Alternativen zur defensiven Sozialplanpolitik, wie in Nürnberg, sei es in der Erprobung von Konzepten einer „intelligenten Sanierung“ wie in Chemnitz.

Für alle beteiligten Akteure gilt indessen, dass sie sich auf einen Kurs begeben, bei dem unklar ist, ob das Schiff sein Ziel jemals erreichen wird. Auch das beste beschäfti-

---

<sup>4</sup> Regulation geht über politische Steuerung, hier verstanden als Durchsetzung bestimmter Politikkonzeptionen in einem strukturierten Umfeld, hinaus. Mikrosoziale Regulation meint, dass ökonomische und soziale „Logiken“ regionaler Entwicklungsprozesse in ein Entsprechungsverhältnis gebracht werden, das unter voraussetzungsvollen Bedingungen die Legitimation dieser Prozesse durch „sozialen Fortschritt“ ermöglichen kann.

gungspolitische Controlling vermag im Zweifelsfalle keine Arbeitsplätze zu schaffen. Deutlich ist auch, dass die Kompetenzfeld- und Clusteransätze der „ersten Generation“ sich inzwischen verbraucht haben. Unter dem Eindruck der Krise des „kalifornischen Kapitalismus“ (Brenner 2003) wird in allen Regionen über eine Neuausrichtung dieser Ansätze nachgedacht. Für die gewerkschaftliche Beteiligung ist hier ein Punkt zentral. Die Zustimmung zu einem wirtschaftlichen Modernisierungskurs ist für die Arbeitnehmerorganisationen daran gebunden, dass es glaubwürdige Angebote an vermeintliche und reale „Modernisierungsverlierer“ gibt. Eine Arbeitsmarktpolitik, die solche Angebote beschneidet, kann, das jedenfalls ist die Sorge der gewerkschaftlichen „Scharnierpersonen“, leicht zur Modernisierungsbremse werden, weil die „Sicherheit im Wandel“ für relevante Bevölkerungsgruppen nicht mehr gegeben ist.

Damit sind wir bei einem weiteren Punkt. Gewerkschaftliche Beteiligung an moderner regionaler Governance muss offenkundig mit einer Selbstveränderung der Arbeitnehmerorganisation einhergehen. Dieser Prozess ist in allen Untersuchungsregionen in vollem Gange. Dabei zeichnet sich etwas ab, was wir als gewerkschaftliches „Beteiligungsparadoxon“ bezeichnen können. Je intensiver die Gewerkschaften an einem regionalen Veränderungskonsens arbeiten und je erfolgreicher diese Politik ist, desto nachhaltiger destruieren die Arbeitnehmerorganisationen ihre klassische Organisations- und Mitgliederbasis. Das Hauptproblem der Gewerkschaften in den altindustriellen Regionen besteht keineswegs darin, dass ihnen – wie der populäre Diskurs glauben zu machen sucht – scharenweise die Mitglieder weglaufen. Sicher gibt es Austritte in erheblichem Maß, doch das eigentliche Problem ist ein anderes. Jene Branchen und Unternehmensformen, in denen die Gewerkschaften lange Zeit ihre neuen Mitglieder rekrutierten, schrumpfen. Große Unternehmen und Betriebe ziehen inzwischen einen Kometenschweif an Ausgründungen hinter sich her, in denen es teilweise nicht gelungen ist, die Kontinuität von Interessenvertretung und Tarifbindung zu sichern. Zugleich wächst die Bedeutung von Betriebsformen, Branchen und Arbeitsverhältnissen, in denen die „fordistischen“ Gewerkschaften traditionell unterrepräsentiert sind.

Ein zentrales Problem der regionalen Gewerkschaftsgliederungen ist, dass sie den Sprung in die neue Arbeitswelt nicht geschafft haben. Sowohl in der Zone prekärer Arbeit, als auch bei den ‚high potentials‘ und qualifizierten Angestellten sind sie kaum präsent. Dieses Problem ist zu einem hohen Maße selbst verschuldet. Die Isomorphie von Großbetrieb und Gewerkschaft ist nicht gebrochen. An vielen Stellen machen sich

Organisationsbornierungen, Konkurrenzen zwischen einzelnen Gewerkschaftsgliederungen oder schlicht Missmanagement und interne Fehden als blockierende Faktoren bemerkbar. Doch es gibt auch Gegenteiligkeiten. Pilotprojekte wie der Call-Center-Talk oder der IT-Arbeitskreis in Dortmund oder Betriebsrätenetzwerke wie in Chemnitz arbeiten daran, erste gewerkschaftliche „Brückenköpfe“ in gewerkschaftsfreien Zonen zu errichten. Dabei zeigt sich, dass in vielen Bereichen ein fundamentaler Wandel der Funktionen und des Politikstils von Gewerkschaften ansteht. Gerade in den neuen Bereichen können Gewerkschaften nicht mehr als bloße „Lohnmaschinen“ funktionieren. Sie sind es, die ein überbetriebliches Informationssystem repräsentieren, die sich auf den Feldern Bildung und Weiterbildung engagieren und die Hilfe zur Selbsthilfe, zu selbsttätiger Interessenvertretung anbieten müssen. Kurzfristige Organisationserfolge sind so nicht zu erreichen; doch es wäre töricht, wenn daraus – was allerdings derzeit vielfach geschieht – die Schlussfolgerung gezogen würde, dass der Schuster bei seinem alten Leisten bleiben soll.

Bei aller nötigen Kritik an den Gewerkschaften lässt sich eines indessen nicht übersehen. Reformverhinderer und Blockierer sind die von uns untersuchten Gewerkschaftsgliederungen nicht. Im Gegenteil, wo Innovatives geschieht, sind die gewerkschaftsnahen Netze zumeist beteiligt. Doch sehen sich die lokalen Gewerkschaften inzwischen mit einer anderen Entwicklung konfrontiert. Zunächst als Geburtshelfer einer regionalen Strukturpolitik gefragt, scheint ihr Beitrag wichtigen Akteuren inzwischen als verzichtbar. Gleich ob bei der Ansiedlung von Unternehmen oder bei der Arbeitsmarktpolitik – plötzlich erscheinen die Gewerkschaften als Störenfriede, auf deren Präsenz man verzichten kann. Hier deutet sich eine Schließung regionaler „Regulationsdispositive“ an, die sich nicht nur für die Gewerkschaften, sondern für die Strukturpolitik insgesamt als problematisch erweisen dürfte. Denn sollte es dazu kommen, dass die regionalpolitischen Ansätze die Verlierer des Strukturwandels tatsächlich preis geben, dürfte es um eine nachhaltige Innovationspolitik schlecht bestellt sein. Dass sich „innovative Milieus“ von den Elendszonen der Ballungszentren gänzlich abkoppeln lassen, ist zumindest in Kontinentaleuropa eine wenig wahrscheinliche Option.

### **9.3 Aktionsforschung und die Rolle der Wissenschaft**

Wollen die Gewerkschaften Partizipationschancen in der Region offensiv nutzen, sind sie – wie andere Akteure auch – in hohem Maße auf die Verwertung wissenschaftli-

chen Wissens angewiesen. Die Produktion solcher Wissensbestände setzt umgekehrt einen Forschungsprozess voraus, der nah an den Aktivitäten und Bedürfnissen der regionalen Netze agiert (Howaldt u.a. 2003; Martens 1999). Wir haben versucht, diesen Bedürfnissen mit einem Ansatz Rechnung zu tragen, der Grundlagenforschung mit Elementen einer anwendungsorientierten Aktionsforschung zu kombinieren sucht. Im Rückblick lässt sich feststellen, dass wir diesem Anspruch nur bedingt gerecht werden konnten. Auf der Positivseite kann verbucht werden, dass unser Projekt in den Regionen Lern- und Verständigungsprozesse anregen konnte. Davon hat auch der Forschungsprozess profitiert, weil Ergebnisse seitens der Praktiker rasch und kritisch kommentiert wurden. Im Einzelnen lassen sich vier Dimensionen von Lernprozessen benennen:

*Selbstvergewisserung durch Diskussion von Forschungsergebnissen:* Zwischenergebnisse unserer Forschungen sind in den Regionen zum Gegenstand kritischer Debatten geworden. Dabei lässt sich beobachten, dass die regionalen Akteure angehalten sind, die Erfolgskriterien für ihre regional- und strukturpolitischen Anstrengungen präziser zu formulieren. Ausgehend von der ursprünglich ermittelten Erwartungshaltung hatten wir ‚Mitgliedergewinnung‘ als hartes Erfolgskriterium regionalpolitischer Aktivitäten benannt. In feed-back-Diskussionen wurde deutlich, dass dieses Kriterium im Grunde unsinnig ist. Statt dessen wurden andere Kriterien formuliert: Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, Sympathiegewinne, Bindung von Mitgliedern. Die Diskussion förderte z.B. das Faktum zutage, dass die Nürnberger IGM-Verwaltungsstelle den höchsten Anteil arbeitsloser Mitglieder in der alten Bundesrepublik vorzuweisen hat. Dies zeugt von einer hohen Loyalität zur Organisation, die sich auch mit struktur- und regionalpolitischen Aktivitäten begründen lässt. Die Kompetenzen der IG Metall bei der Abfederung von Krisenprozessen kommen ihr in der aktuellen Situation auch in den wissensintensiven Branchen zugute, wo Unternehmen hochqualifizierte Angestellte entlassen. Differenzierte Erfolgskriterien haben einen unmittelbar praktischen Effekt. Die Akteure wissen präziser, aus welchen Gründen und mit welchen Effekten sie strukturpolitisch aktiv werden. Das erleichtert es ihnen, ihre Aktivitäten nach innen wie nach außen besser und z.T. auch realitätsnäher zu begründen.

*Auslöser für strategische Neuorientierungen:* Die öffentliche Rezeption unserer Forschungsergebnisse hat in den Regionen eine Diskussion über eine strategische Neuausrichtung der gewerkschaftlichen Strukturpolitik ausgelöst. Es wird z.B. in Nürnberg

darüber nachgedacht, wie das Ziel Beschäftigungsförderung sinnvoll angegangen und kontrolliert werden kann. Eine strategische Neuorientierung ist schon deshalb nötig, weil man auch in der städtischen Wirtschaftsförderung über eine Reorganisation der Kompetenzinitiativen nachdenkt. Praktische Schritte sind bereits eingeleitet. Das gilt z.B. für die Arbeitsmarktpolitik, wo die regionalen Akteure in allen Untersuchungsregionen angesichts der „Hartz-Reformen“ vor neuen Herausforderungen stehen. Sicher wären die fälligen Strategiediskussionen auch ohne unser Projekt vom Zaun gebrochen worden. Den ein oder anderen Anstoß hat die Präsentation unserer Zwischenergebnisse aber wohl doch liefern können.

*Verbesserung der innergewerkschaftlichen Kommunikation und des informellen Organisationslernens:* Bei der Verbesserung der innergewerkschaftlichen Kommunikation sind unsere Ergebnisse ebenfalls unmittelbar praxisrelevant geworden. So haben unsere Aussagen über das „schlechte Mannschaftsspiel“ zwischen DGB und Mitgliedsgewerkschaften in einer Untersuchungsregion (Chemnitz) dazu geführt, dass die IG Metall offensiv an die regionale Ver.di-Organisation herantreten ist, um Kooperationsmöglichkeiten auszuloten. Erste Kooperationsveranstaltungen der beiden Gewerkschaften, in deren Rahmen auch Projektergebnisse präsentiert wurden, haben stattgefunden. Es gibt erste lockere Absprachen über gemeinsame Aktivitäten. Zum Teil entwickeln sich Lernprozesse auch ohne unmittelbares Zutun der Forscher. So erschien das Chemnitzer Konsensmodell Gewerkschaftern aus anderen Regionen zunächst als eine Idee ohne praktische Relevanz. Inzwischen wird jedoch, angestoßen durch informellen Erfahrungsaustausch, auch in Nürnberg darüber nachgedacht, diesen Ansatz bei kleineren und mittleren Unternehmen exemplarisch zu erproben.

*Interregionaler Austausch und praktische Vernetzung:* Nicht minder wichtig ist, dass die Forschungsergebnisse über den Kreis der unmittelbar involvierten Akteure hinaus wahrgenommen werden. So hat sich inzwischen eine Delegation von Gewerkschaftern, Betriebsräten, Wirtschaftsförderern und Managern aus einer nicht am Projekt beteiligten Region über die Entwicklung des dortmund-projects informiert. Hintergrund sind ähnlich ambitionierte Vorhaben in anderen Bundesländern und Teilregionen. Unser Forschungsprojekt hat in diesem Fall eine Plattform für wechselseitigen Erfahrungsaustausch bieten und so zur Vernetzung der regionalen Aktivitäten beitragen können. Ein praktisches Resultat dieses Erfahrungsaustauschs ist, dass die Teilnehmer in ihren

Regionen großen Wert auf ein beschäftigungspolitisches Controlling der industriepolitischen Projekte legen wollen.

All dies sind sicher nur kleine Schritte, und wir wollen nicht verschweigen, dass uns auch die Grenzen einer ambitionierten Aktionsforschung deutlich geworden sind. Lernen kann man aber auch aus Negativerfahrungen. In diesem Zusammenhang wollen wir aus der Forscherperspektive drei wichtige Erkenntnisse festhalten.

*Erstens* ist es sinnvoll, schon während der Startphase des Projekts die Rollen von Wissenschaftlern und Praktikern möglichst genau zu klären. Geschieht dies nicht, ist wechselseitige Überforderung wahrscheinlich. Wissenschaftler haben andere Fragen als die Praktiker; über die praktische Verwendung ihres Wissens können sie nur Mutmaßungen anstellen. Sie können Reflexionsräume bieten; die eigentlich praxisrelevanten Schlussfolgerungen müssen jedoch den regionalen Akteuren vorbehalten bleiben.

Dies ist *zweitens* wichtig, weil die Praktiker mit Recht darauf verweisen, dass die Wissenschaftler Wissen zur Verfügung stellen, während die regionalen Akteure „die Politik machen“. Die Grenzziehung zwischen Beratung und politischer Praxis muss unbedingt eingehalten werden. Wissenschaftler dürfen auf keinen Fall zur „Partei“ in innerorganisatorischen Scharmützeln und Grabenkämpfen werden. Die Erzeugung von unmittelbar strategierelevantem Wissen ist ihnen schon deshalb nicht möglich, weil am Gemeinnutzen orientierte Finanziere derartiges nicht dulden können. Hier liegt eine wichtige Grenze für jede Art von Aktionsforschung. Deren Nichtbeachtung hat in einem Fall (Chemnitz) zum Abbruch der Kooperationsbeziehungen geführt.

Hinzu kommt *drittens*, dass Forscherteams, die sich jeweils nur kurzzeitig in den Regionen aufhalten, notwendig hinter den Ereignissen zurückbleiben. In der praktischen Beratung sind sie den lokalen Netzwerkakteuren unterlegen. Zudem erzeugt jeder Beratungsbedarf zusätzliche Anforderungen etwa an die Binnenkommunikation (Projektinfos), die die Forscher zusätzlich belasten und die Einhaltung des vereinbarten Leistungsumfanges erschweren. Es gehört zu den Tücken der Aktionsforschung, dass sie tendenziell „unendlich“ ist. Diese Problematik ließe sich jedoch angehen, wenn Projekte mit einer Doppelstruktur agieren könnten. Für die Erforschung und Evaluierung regionaler Aktivitäten ist ein wissenschaftlicher Zusammenhang außerhalb der Regionen sinnvoll; optimal könnten Teams jedoch arbeiten, wenn es gleichzeitig kooperie-

rende Wissenschaftler *in* den Regionen gäbe. Eine entsprechende Projektausstattung vorausgesetzt, würde so tatsächlich Grundlagenforschung mit Anwendungsbezug in neuer Qualität möglich.

#### **9.4 Theoretische Schlussfolgerungen: Glokalisierung und „rheinischer Kapitalismus“**

Unsere Befunde zu den Steuerungsleistungen regionaler Netze sind auch für die sozialwissenschaftliche Theoriebildung relevant.<sup>5</sup> Die Auseinandersetzung mit Folgen der „intensivierten Globalisierung“ hat zu einer Wiederbelebung kapitalismustheoretischer Debatten geführt. Dabei geht es vor allem um die Zukunft der sozialstaatlich regulierten, „institutionellen“ (Crouch/Streeck 1997) oder „kooperativen“ (Windolf/Bayer 1995) Kapitalismen. In einer globalisierten Welt, so pessimistische Prognosen (Albert 1992; Streeck 1997), werde es schwer, die soziale Überlegenheit des rheinischen Kapitalismus zu bewahren, weil sich das konkurrierende angelsächsische Modell nicht nur in der ökonomischen Konkurrenz, sondern auch machtpolitisch als dominant erweise. Diese Prognosen sind seither zum Gegenstand zahlreicher Studien geworden, die sich in der ein oder anderen Weise mit Konvergenz und Divergenz nationaler Kapitalismen beschäftigen (exemplarisch: Hall/Soskice 2001). Das geschieht in der Regel, indem die regulierenden Institutionensysteme nationaler Kapitalismen verglichen werden.

Unser Forschungsansatz bewegt sich im nationalen Rahmen, genauer, er untersucht eine z.T. erst informell herausgebildete Steuerungsebene innerhalb des „deutschen Modells“. Dabei sind wir allerdings auf eine eigentümliche Verschränkung gestoßen, die für die aktuelle Debatte um die ‚Varieties of Capitalism‘ durchaus relevant sein dürfte. Das, was sich auf mikroregionaler Ebene als Netzwerk konstituiert, wirkt auf den ersten Blick wie eine Formation, die den kooperativen Kapitalismus in neuer Gestalt fortzuführen sucht (Hoffmann 2004). Aus amerikanischer Perspektive erscheint dies als Geburt einer „local labour force“ (Greer 2004), deren bloße Existenz einen gravierenden Systemunterschied zum angelsächsischen Kapitalismusmodell ausmacht. Tatsächlich ist die Herausbildung ähnlicher Netzwerke in Großbritannien oder den

---

<sup>5</sup> Ausführliche Überlegungen dazu werden wir an anderer Stelle präsentieren. Hier begnügen wir uns damit, einige Zusammenhänge anzudeuten.

USA nur schwer vorstellbar, ein prägender Beitrag der Gewerkschaften wohl gar unmöglich.

Doch das ist nur die eine Seite der Medaille. Auf der anderen Seite müssen wir feststellen, dass diese – mehr oder minder kooperativen – Netzwerkbeziehungen in der Region unweigerlich in die globale Archipelökonomie (Veltz 1996) hineingezogen werden. Anders gesagt, die lokalen Akteure und ihre Aktivitäten sind in Beziehungsnetze eingebunden, deren Entscheidungszentren außerhalb der Mikroregionen liegen. Unauflöslich ist z.B. die Informationswirtschaft der Untersuchungsregionen mit strategischen Entscheidungen multi- oder transnationaler Konzerne verwoben. Die Region und ihre Netze machen einen Unterschied; entschieden wird aber häufig auf anderen Ebenen. Auf diese Weise entstehen soziale Beziehungsnetze und Austauschformen, die globalen *und* regionalen oder lokalen Charakter besitzen. Einige Sozialwissenschaftler sprechen zu Recht von ‚Glocalization‘, von globaler Lokalisierung (Swyngedouw 1997: 137ff.).

Was dies institutionell bedeuten könnte, wird anhand unserer Studie deutlich. Unter dem Druck wirtschaftlicher Internationalisierungsprozesse vollzieht sich offenbar noch innerhalb der Basisinstitutionen des „german capitalism“ (Streeck 1997) ein tiefgreifender Wandel. Der Steuerungsverlust auf der nationalen Ebene bewirkt, dass die für den rheinischen Kapitalismus so typische Produktion „kollektiver Güter“ (Voelzkow 1999) nun auf untergeordneten Ebenen praktiziert werden muss. Dass dies immer nur annäherungsweise, improvisiert und informell geschehen kann, liegt auf der Hand. Dennoch formieren sich in den Mikroregionen ohne Zweifel „Kollektivsubjekte“, die systemische Mechanismen des „Rheinmodells“ an veränderte gesellschaftliche Rahmenbedingungen anzupassen suchen. Im Prozess der Glokalisierung sind diese regionalen Netze und Akteurskonstellationen jedoch in Austauschbeziehungen, Verhandlungskonstellationen und Entscheidungsprozesse integriert, die eben nicht mehr der ‚industrial order‘ (Lane 1998; 2000), dem Basiskonsens eines nationalen Kapitalismusmodells, entsprechen. Faktisch entstehen hybride Strukturen (Pieterse 1998), bei denen schon mittelfristig unklar ist, ob konvergierende oder divergierende Tendenzen die Oberhand behalten werden. Schon jetzt ist jedoch klar, dass z.B. auf dem Terrain organisierter Arbeitsbeziehungen, aber auch auf dem Feld von Wirtschaftsförderung und Clusterpolitik noch innerhalb der alten institutionellen Hülle eine neue Hierarchie von Regulationsformen entstanden ist.

Wir haben diese Veränderung mit Verschiebungen innerhalb des „Dispositivs regionaler Regulation“ zu thematisieren versucht. Anders als der Begriff der Regulationsweise in der orthodoxen Regulationstheorie (Aglietta 2000: 11)<sup>6</sup> trägt der Begriff des „Regulationsdispositivs“ dem Prozesscharakter von Regulation besser Rechnung. Er unterstellt, dass sich der Wandel von Regulation nicht als Ersetzung einer Regulationsweise durch eine andere vollzieht. Vielmehr geht er von einem Prozess aus, der durch immer neue Öffnungen und Schließungen des Regulationsdispositivs gekennzeichnet ist. Aktuell scheint es, als werde die „soziale Logik“ regionaler Strukturpolitik immer weiter in den Hintergrund gedrängt. In allen Regionen vollzieht sich ein Umbau regionaler Wirtschaftsförderung, der die Spielräume gewerkschaftlicher Interessenpolitik verengt. Damit ist das letzte Wort aber noch nicht gesprochen. Vieles deutet darauf hin, dass ein halbwegs intelligent gemachter „Wettbewerbsregionalismus“ künftig eine Art Minimalvoraussetzung sein wird, um in der Konkurrenz regionaler Wirtschaftsräume überhaupt noch mithalten zu können. Regionen, die noch immer damit beschäftigt sind, sich überhaupt Voice-Optionen in der politischen Arena zu verschaffen, die von der Konkurrenz zwischen maßgeblichen regionalen „Spielern“ geprägt werden; die es versäumen, Cluster und Kompetenzfelder zu definieren und unter veränderten Bedingungen zu reorganisieren, die sich in Rechtfertigungsschleifen für konzeptionellen Stillstand ergehen und Schwarze-Peter-Spiele mit übergeordneten Politikinstanzen organisieren, um die eigene Konzeptionslosigkeit zu kaschieren, werden – zumal vor dem Hintergrund veränderter Förderkulissen – weiter zurückfallen. Für diese Regionen gilt der berühmte Satz, der zum Synonym einer ganzen Epoche geworden ist: Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben!“

---

<sup>6</sup> „Eine Regulationsweise ist eine Gesamtheit von Vermittlungen, die die von der Kapitalakkumulation hervorgerufenen Verwerfungen so eingrenzen, dass sie mit dem sozialen Zusammenhalt innerhalb der Nationen vereinbar sind“ (ebd.).